

Unverkäufliche Leseprobe



**Stéphanie Hennette, Thomas Piketty,
Guillaume Sacriste, Antoine Vauchez
Für ein anderes Europa**

Vertrag zur Demokratisierung der Eurozone

2017. 89 S.: Klappenbroschur
ISBN 978-3-406-71496-2

Weitere Informationen finden Sie hier:
<http://www.chbeck.de/84391>

C·H·Beck

PAPERBACK

Stéphanie Hennette | Thomas Piketty
Guillaume Sacriste | Antoine Vauchez

**FÜR EIN ANDERES EUROPA
VERTRAG ZUR DEMOKRATISIERUNG
DER EUROZONE**

*Aus dem Französischen übersetzt von
Michael Bischoff*

C.H.Beck

Titel der französischen Originalausgabe:
«Pour un traité de démocratisation de L'Europe»
© Éditions du Seuil, 2017

Originalausgabe
© Verlag C.H.Beck, München 2017
Satz: Druckerei C.H.Beck, Nördlingen
Druck und Bindung: Pustet, Regensburg
Printed in Germany
ISBN 978 3 406 71496 2

www.chbeck.de

Inhalt

Für einen Vertrag zur Demokratisierung der Eurozone	7
Über die rechtliche Zulässigkeit eines Vertrags zur Demokratisierung der Steuerung der Eurozone	15
Wie könnte die Parlamentarische Versammlung der Eurozone aussehen?	27
Was geschähe, wenn unsere Partner den Vertrag ablehnten?	35
Entwurf eines Vertrags zur Demokratisierung der Steuerung der Eurozone (DemV)	39
Vertrag zur Demokratisierung der Steuerung der Eurozone (DemV) – mit Kommentaren	45
Glossar	83
Abkürzungen	89

Für einen Vertrag zur Demokratisierung der Eurozone

In zehn Jahren Wirtschafts- und Finanzkrise hat sich in Europa ein neues Machtzentrum herausgebildet: die «Regierung der Eurozone». Die Bezeichnung kennzeichnet die Sache allerdings nur unzureichend, lässt sich doch nur schwer jene demokratisch verantwortliche «Institution» erkennen, die heute über die Wirtschaftspolitik in Europa bestimmt. Der bezeichnete Gegenstand ist in der Tat zugleich unscharf und veränderlich. Die seit ihrer Gründung informelle und undurchsichtige zentrale Institution dieser «Regierung», die Eurogruppe der Finanzminister der Eurozone*, arbeitet außerhalb der Europäischen Verträge und ist daher nicht rechenschaftspflichtig gegenüber dem Europäischen Parlament und erst recht nicht gegenüber den nationalen Parlamenten. Aber schlimmer noch, die Institutionen – von der Europäischen Zentralbank (EZB)

* Das Sternchen verweist auf das Glossar am Ende des Bandes.

über Eurogruppe und Eurogipfel* bis hin zur Kommission, die das Grundgerüst dieser «Regierung» bilden – arbeiten in Zusammensetzungen, die je nach den Politikbereichen wechseln, ob nun von «Memoranden» der Troika die Rede ist, von «Korrekturmaßnahmen», die im Rahmen des Europäischen Semesters* von den Mitgliedsstaaten gefordert werden, von Mechanismen zur Lösung der Bankenkrise innerhalb der Bankenunion oder dergleichen.

Doch so unterschiedlich diese Politikfelder auch sein mögen, «regiert» wird darin sehr wohl, denn durch den immer engeren Zusammenschluss der nationalen und europäischen Wirtschafts- und Finanzbürokratien – Leitungsebenen des deutschen und des französischen Finanzministeriums, Direktorium der EZB, für Wirtschaft zuständige hohe Beamte der Europäischen Kommission – hat sich ein harter Kern herausgebildet. Nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge wird die Eurozone von dort aus «regiert», wird dort die eigentliche politische Arbeit der Koordinierung, der Vermittlung und des Ausgleichs zwischen den verschiedenen ökonomischen Interessen der Beteiligten geleistet. Als François Hollande 2012 auf eine Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts* verzichtete, der einen Eckstein dieser Regierung der Eurozone bildet, trug er zur Festigung dieses neuen Machtblocks bei. Seither eignet sich dieser exekutive Pol Europas unablässig neue Kompetenzen an. Innerhalb eines Jahrzehnts erweiterte sich sein

Interventionsbereich beträchtlich und umfasst inzwischen die Politik der «Haushaltskonsolidierung» (Sparpolitik), die verbesserte Koordinierung der Wirtschaftspolitik der beteiligten Staaten (Sixpack + Twopack*), die Erstellung von Sanierungsplänen für Staaten mit Finanzproblemen (Memoranden + Troika), die Überwachung sämtlicher Privatbanken usw.

Die mächtige und zugleich ungreifbare «Regierung» der Eurozone hat sich tatsächlich im toten Winkel der politischen Kontrollmöglichkeiten entwickelt, gleichsam in einem Schwarzen Loch der Demokratie. Wer kontrolliert etwa die Abfassung der Memoranden, die als Gegenleistung für Finanzhilfen aus dem Europäischen Stabilitätsmechanismus* tiefgreifende Struktur-reformen verlangen? Wer kontrolliert die exekutive Aktivität der Institutionen, aus denen die Troika besteht? Wer weiß, was in den beiden zentralen Ausschüssen der Eurogruppe, dem Wirtschaftspolitischen Ausschuss und dem Wirtschafts- und Finanzausschuss, verhandelt wird? Weder die nationalen Parlamente, die bestenfalls ihre eigenen Regierungen kontrollieren, noch das Europäische Parlament, das bei der Regierung der Eurozone sorgfältig außen vor gehalten wird. Aufgrund der Undurchsichtigkeit und Abschottung ihrer Arbeitsweise verdient diese «Regierung» der Eurozone sehr wohl die an ihr geübte Kritik, angefangen bei der von Jürgen Habermas vorgetragenen, der hier ganz unumwunden von einer «postdemokratischen Autokratie» spricht.

Dieser Mangel an Demokratie ist keineswegs nur eine theoretische Frage oder eine des Machtausgleichs zwischen den Institutionen. Er hat sehr reale Auswirkungen auf die in der Eurozone verfolgte Wirtschaftspolitik. Er führt zu einer Art Taubheit gegenüber warnenden und anderen abweichenden Stimmen – wie wir es heute noch im Blick auf den nahezu einstimmigen Chor der Ökonomen erleben, die auf die Unausweichlichkeit einer Neuverhandlung der griechischen Schulden verweisen. Außerdem begünstigt er eine beträchtliche Unempfindlichkeit gegenüber durchaus gravierenden Signalen aus nationalen Wahlen, die einen ständigen Anstieg eines rechtsextremen Populismus anzeigen. Letztlich führt diese Machtstruktur dazu, dass man die mit der Finanzstabilität und dem «Vertrauen der Märkte» zusammenhängenden Aspekte überschätzt und jene Themen unterschätzt, die für die Mehrzahl der Menschen von größerem Interesse sein dürften, zum Beispiel Arbeitsmarktpolitik, Wachstumspolitik, fiskalische Harmonisierung, sozialer Zusammenhalt, Solidarität usw.

Daher ist es dringend erforderlich, die demokratische Wachsamkeit zu erhöhen und die repräsentative Demokratie wieder ins Zentrum der europäischen Wirtschaftspolitik zu rücken. Es ist höchste Zeit, aus der Undurchsichtigkeit und politischen Verantwortungslosigkeit, in der diese neue europäische Macht sich entwickelt, hervorzutreten und in ihrem Zentrum eine

demokratisch gewählte Institution zu etablieren. Denn nur ein Parlament besitzt die nötige Legitimation, um diese «Regierung» der Eurozone an ihre Verantwortung zu erinnern. Manche werden sagen, dazu brauche man eigentlich nur das Europäische Parlament zu stärken, aber die Dinge sind nicht (mehr) so einfach. Denn die Steuerung der Eurozone unterscheidet sich deutlich von anderen Bereichen der europäischen Politik. Es geht nicht mehr nur darum, einen großen Markt zu organisieren, sondern darum, die Wirtschaftspolitik der beteiligten Länder zu koordinieren, die Steuersysteme zu harmonisieren und eine Konvergenz in der Haushaltspolitik herbeizuführen, kurz: tief in die Sozialpakete der Mitgliedsländer einzugreifen. Deshalb kommt man heute nur schwer umhin, die nationalen Parlamente ganz direkt zu beteiligen – sofern man nicht bereit ist, ihre zentralen verfassungsmäßigen Vorrechte immer stärker zu beschneiden und die Institutionen der nationalen Demokratie ins Leere laufen zu lassen. Da nur sie in direktem Bezug zum politischen Leben der Mitgliedsstaaten stehen, verfügen auch nur sie über die nötige Legitimation, um das mächtige intergouvernementale bürokratische Netzwerk zu demokratisieren, das in den letzten zehn Jahren entstanden ist.

Dieses Parlament muss außerdem in der Lage sein, sich dem Zugriff dieses Steuerungsapparats zu entziehen, dessen Macht bekanntlich nicht nur auf den im letzten Jahrzehnt angesammelten institutionellen Kom-

petenzen basiert, sondern auch und vielleicht sogar vor allem auf der Fähigkeit, dank seiner Fachkompetenz den Raum möglicher Politik zu definieren. Wenn das Parlament kein machtloses Gremium sein soll, das vor vollendete Tatsachen gestellt wird oder sich damit begnügt, andernorts gestellte Diagnosen und anderswo getroffene Entscheidungen abzusegnet, muss es in der Lage sein, sich voll und ganz an der Steuerung der Eurozone zu beteiligen. Das setzt voraus, dass es effektiv auf die politische Agenda Einfluss nehmen kann: indem es an der Erstellung der Tagesordnung für Eurogipfel und des Halbjahresprogramms für die Arbeit der Eurogruppe mitwirkt, aber auch indem es das Recht zur Gesetzesinitiative erhält, das dem Europäischen Parlament so schmerzlich fehlt, weshalb es seine Streitfelder nicht selbst aussuchen kann. Es setzt außerdem voraus, dass dieses Parlament an allen Schaltstellen der Steuerung der Eurozone vertreten ist, ob es sich nun um das Europäische Semester («länderspezifische Empfehlungen», «jährliche Prüfung des Wachstums»), um die Konditionen der Memoranden, die Besetzung der wichtigsten Ämter der Eurozone oder dergleichen handelt. Dazu bedarf es des Aufbaus einer unabhängigen und pluralistischen Fachkompetenz sowie eines Untersuchungsrechts hinsichtlich aller Institutionen, aus denen dieser Steuerungsapparat besteht.

Natürlich sind Institutionen kein Allheilmittel. Keine noch so gut durchdachte Reform der Institutio-

nen hat jemals allein den Lauf der Dinge verändert. Um grundlegende politische Veränderungen herbeizuführen, reicht es nicht aus, ein neues Organ zu schaffen. Dazu wird man zweifellos nicht umhinkommen, das gesamte «europäische Projekt» auf den Prüfstand zu stellen. Aber auf diesem Wege, der sehr lang sein dürfte, steht die Schaffung eines Parlaments der Eurozone für einen weiterreichenden politischen und kulturellen Kampf um eine Demokratisierung des «europäischen Projekts» und eine Neuausrichtung der in seinem Namen verfolgten Politik. Wie der Vertrag zur Demokratisierung der Eurozone (DemV) zeigt, ist es möglich, auch ohne eine – sehr unwahrscheinliche – allgemeine Revision der Europäischen Verträge der 27 Mitgliedsstaaten hier schnell voranzukommen und eine demokratische Bresche in den exekutiven Block Europas zu schlagen. Es ist an der Zeit, dass die Gegenmacht der Volksparteien und sozialen Bewegungen sich dieser Aufgabe annimmt, um die Kanäle der europäischen Politik wieder zu öffnen und uns vor der gefährlichen Alternative zwischen einem ohnmächtigen nationalen Rückzug und dem Status quo der Brüsseler Wirtschaftspolitik zu bewahren.

Mehr Informationen zu diesem und vielen weiteren Büchern aus dem Verlag C.H.Beck finden Sie unter: www.chbeck.de